

Das aktuelle Interview

Stuttgart 21 ist überall

Die Landwirtschaft braucht mehr rechtlichen Schutz, eine eigene Agrarstrukturpolitik und „Fünf-Sterne-Ställe“, meint Dr. Wilfried Eckhof. Denn ihre wichtigen Aufgaben für die Gesellschaft, die sie stärker betonen muss, kann sie immer schwerer erfüllen .

In welche Tierhaltungen wird gerade viel investiert?

Wir rüsten derzeit viele Ställe für die Hähnchenmast um. Der Hähnchenfleischmarkt boomt. Denn das Fleisch wird bei uns und weltweit gern gegessen. Die Enten holen sich dagegen mittlerweile viele asiatische Restaurants bei uns direkt aus China, weil der Preisvorteil zu verlockend ist. Deswegen rüsten wir unter anderem Enten- in Hähnchenställe um. Daneben werden Legehennenstallanlagen besonders im Biobereich nachgerüstet. Zudem gibt es viele Milchviehhalter, die aus wirtschaftlichen Gründen und haltungsbedingt Ställe modernisieren. Dagegen erhebt sich immer mehr Widerstand. Von den Landwirten wird doch Flexibilität verlangt. Dann müssen sie auch ihre Ställe umrüsten und erweitern

Die Gegenwehr bei Stallbauvorhaben nimmt zu.

können. Allein am Beispiel des Entenmarktes sehen wir auch: Der Wettbewerb ist international. Wir können gern über höhere Maßstäbe für unsere Tierhaltungen reden, aber die müssten dann mindestens EU-weit, eigentlich global gelten. Das ist allerdings kaum durchsetzbar. Die Gegenwehr bei Stallbauvorhaben nimmt zu.

Wer sind die Gegner?

Bei Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung geht es kaum mehr ohne Rechtsbeihilfe. Die ist mittlerweile sehr professionell auf beiden Sei-

ten. Und wenn ein Projekt nicht verhindert ist, so versucht man, Zeit und Aufwand im Vorfeld einer Genehmigung zu erzeugen. Stuttgart 21 ist überall. Wir haben es bei den Einwendern vor allem mit drei Gruppen zu tun. Zur ersten zählen die Nachbarn, mit denen wir uns viel Mühe geben, um ihre Interessen zu berücksichtigen. In 15 Jahren hatten wir nach einer Inbetriebnahme von Ställen nicht ein einziges Klageverfahren. Insofern ist Demokratie wichtig, damit Un-



Viele Diskussionen im Vorfeld der Genehmigung eines Stallbauvorhabens gibt es mit zugezogenen Städtern, die auf dem Dorf ihre Ruhe haben wollen.



Durch wachsenden Widerstand verlängern und verteuern sich Genehmigungen für Stallbauvorhaben immer mehr.

Foto: agrarfoto.com [3]; Möbius

stimmigkeiten im Vorfeld ausdiskutiert werden. Viele Diskussionen haben wir oft mit zugezogenen Städtern, die auf dem Dorf ihre Ruhe haben wollen.

Die dritte Gruppe sind professionelle Einwender, die politische Ziele verfolgen und eine andere Landwirtschaft wollen. Hinzu kommt das erweiterte Klagerecht für Verbände.

Was sind die Folgen des wachsenden Widerstands?

Dass sich die Genehmigungen immer mehr verlängern und verteuern. Das Genehmigungsprozedere in Deutschland für Stallanlagen halte ich nicht mehr für normal. Neben den bereits umfangreichen Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz, in denen das gesamte Fachrecht abgeprüft wird (Umweltverträglichkeitsprüfung, Artenschutz, Natura 2000, Planungsrecht und so weiter), werden zunehmend Raumordnungsverfahren gefordert. Hinzu kommt das Klagerecht. Nur ein Beispiel: In Sachsen-Anhalt hat eine Gemeinde gegen eine Hähnchenmastanlage geklagt. Erst nach

Demokratie ist wichtig, damit Unstimmigkeiten im Vorfeld ausdiskutiert werden.



Landwirtschaft ist heute stark in der Defensive. Landwirte sollten sich mehr öffnen und die Funktionen, welche die Landwirtschaft hat, deutlich machen.

sieben Jahren hat der Stallinvestor recht bekommen! Nun muss die Gemeinde eine Schadensersatzforderung von einer Million Euro in Kauf nehmen.

Wie soll das denn auf dem Energiesektor ablaufen? Den Atomausstieg in der geplanten Zeit über mehr erneuerbare Energien zu realisieren, das ist allein wegen der langen Genehmigungszeiten problematisch. Wir planen ja zum Beispiel auch Windenergie- und Biogasanlagen. Hierfür ist vor den Genehmigungsverfahren oft erst Bauplanungsrecht zu schaffen mit zeitaufwändigen Abstimmungsverfahren.

Was kann der Landwirt tun?

Er muss sich mehr öffnen. Viele Geflügelhalter sagen dann aber beispielsweise: Je mehr wir das tun, desto mehr wird gefordert. Die Landwirtschaft ist stark in der Defensive. Hinzu kommen Skandale, für die immer wieder die Landwirtschaft als Ganzes verantwortlich gemacht wird.

Zur Person

Dr. Wilfried Eckhof betreibt seit 1996 in Ahrensfelde bei Berlin ein Ingenieurbüro, mit dem er sich auf die Landwirtschaft und den Umweltschutz spezialisiert hat. Er berät unter anderem Investoren bei der Planung und Umsetzung ihres Stallbauvorhabens. So hilft er z. B. bei der Erstellung von Antragsunterlagen für die Genehmigung von Stallbauten nach dem Bundesimmissionschutzgesetz, dem Baugesetzbuch oder dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz. Dr. Eckhof ist Vorsitzender des Verbandes unabhängiger Sachverständiger im Agrarumweltbereich.



Diese Konfliktsituationen bereiten uns viele Probleme und müssen besser gelöst werden! Wenn das Thema Atompolitik vom Tisch ist, wird die Landwirtschaft noch mehr in den Fokus politischer Auseinandersetzungen geraten. Die Landwirtschaft muss ihre Funktionen dringender deutlicher herausstellen.

An welche Funktionen der Landwirtschaft denken Sie da?

Die Landwirtschaft ist Haupterzeuger von Nahrungsmitteln, von Futter, von pflanzlichen und tierischen Rohstoffen sowie zunehmend von Energie. Die Fläche für die landwirtschaftliche Nutzung

wird aber immer geringer. Wir müssen uns überlegen: Wie wollen wir die Fläche nutzen? Es kann nicht sein, dass beispielsweise für Ausgleichsmaßnahmen landwirtschaftliche Nutzflächen in größerem Umfang in Anspruch genommen werden. Wollten wir für Deutschland die Eierproduktion nach einigen Tierschutzvorstellungen sicherstellen, bräuchten wir sehr viel Fläche, die ist aber immer knapper bemessen.

Wir brauchen also „Massentierhaltung“. Zudem wollen die Banken gewisse Tierkonzentrationen, sonst finanzieren sie Stallprojekte für Nutztiere nicht mehr. Und bezogen auf den Menschen sind ja auch Hochhäuser oder große Hotels erlaubt. Nicht der Begriff Masse ist also das Problem, sondern die Qualität. Insofern brauchen wir auch „Fünf-Sterne-Ställe“.

Tourismus funktioniert außerdem ebenso in Regionen mit einer leistungsfähigen Landwirtschaft sehr gut. Darüber hinaus ist die Landwirtschaft Hauptträger der Entwicklung im ländlichen Raum. Hier dürfen wir nicht das eine gegen das andere stellen. Diese ganzen Funktionen müssen stärker rechtlich geschützt werden. Wir haben in Deutschland Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, alle möglichen Schutzgebiete. Die Landwirtschaft braucht einen ähnlichen Schutz.

Sie fordern zudem ein Netzwerk für die Landwirtschaft mit verschiedenen Experten?

Ja, auch um auf bestimmte Themen flexibel und schnell reagieren zu können. Das Thema Bioaerosole und Keime beispielsweise wird im Vergleich zu anderen Themen wie Ammoniak oder Gerüche an Bedeutung gewinnen. Da stecken wir aber noch in der Grundlagenforschung. Auch hier brauchen wir Spezialisten, die das Thema im Interesse der Tier- und der menschlichen Gesundheit beackern.

Was muss die Politik tun?

Die Landwirtschaft braucht eine weitere Ausgestaltung des eigenen Rechtes und darf nicht nur von anderen Rechtsbereichen gesteuert werden, woran sie zu ersticken droht. Zum Beispiel ist die Privilegierung der Landwirtschaft im Baugesetzbuch geregelt. Bauleute entscheiden heute über die Entwicklung der Landwirtschaft im Außenbereich! Die TA Luft kommt aus der Industrie!

Und Niedersachsen setzt Stallabluft mit Abgasen gleich. Wir brauchen da eigene Regelungen. Stallluft ist kein Abgas, das widerspräche ja dem Tierschutz. Die TA Luft definiert das aber so. Wünschenswert wäre ein eigenes Landwirtschaftsschutzgesetz.

Dann müssen wir uns fragen, was Landwirtschaft eigentlich ist ...

Ja, wir müssen uns auch mit Definitionen befassen. Landwirtschaft ist mehr

als Fläche. Dazu gehören die Tierproduktion, Forstwirtschaft, Biogasanlagen und so weiter, egal, ob gewerblich oder nicht. Geflügelhalter

haben in der Regel keine Flächen im Sinne der Privilegierung, Schweinehalter zu rund 50%. Das wird sich auch nicht mehr ändern. Ackerbauern und Geflügelhalter sind hoch spezialisiert.

In allen anderen Wirtschaftsbereichen ist Arbeitsteilung ganz normal. Mercedes macht auch nicht alles selbst. Flächenbindung ist wichtig, aber wir müssen weg von der Personenidentität. Wenn Geflügelhalter und Ackerbauern zusammenpassen, dann ist doch eine landwirtschaftliche Nutzung in Kreisläufen gegeben.

Die Landwirtschaft muss natürlich darauf achten, dass sie die Bodenfruchtbar-

Ein eigenes Landwirtschaftsschutzgesetz wäre wünschenswert.

keit erhält. Aber sie lebt von und mit der Natur und hat ein ureigenes Interesse, diese zu erhalten. Auf Düngung verzichten können wir nicht. Um dem Boden genauso viel zuzuführen, wie ihm entnommen wird, brauchen wir im Übrigen moderne Techniken für Präzisionslandwirtschaft, ergo auch Betriebe, die sich das leisten können. Sie fordern dringend eine eigene Agrarstrukturpolitik.

Wie soll die aussehen?

Nutztierhaltung muss im Rahmen der Gesamtlandwirtschaft eingebettet bleiben. Landwirtschaft darf nicht nur als Landnutzung verstanden werden, wie dies in vielen Regional- oder Flächennutzungsplänen zum Ausdruck kommt. Es ist ein Widerspruch, wenn Tierhaltungsanlagen in raumbedeutsamen Planungen nicht enthalten sind, aber zunehmend Raumordnungsverfahren im Vorfeld von Genehmigungsverfahren gefordert werden.

Auch bei der Novellierung des EEG konnte sich die Landwirtschaft offenbar unzureichend durchsetzen. Wenn das Erneuerbare-Energien-Gesetz gemacht wird, ohne Agrarstrukturen ausreichend zu beachten, dann kann das eben zu Maismonokulturen und zur Verzerrung der Pachtpreise führen. Wir müssen uns fragen, wie viele Biogasanlagen wir uns in welchen Landkreisen leisten können und wie viel landwirtschaftliche Nutzfläche wir dafür hergeben können. Da eine einheitliche Schwelle für die gesamte Landwirtschaft festzulegen, ist wenig sinnvoll. Die muss sich, genau wie die Tierhaltung, nach der regionalen Agrarstruktur richten.

Ministerin Aigner müsste sich mit solchen Fragen befassen: Wie sind die gegenwärtigen Strukturen? Wo gibt es Defizite? Wo wollen wir hin? In Deutschland haben wir traditionell unterschiedliche Agrarstrukturen. Wegen der hohen Viehdichten in einigen Landkreisen dürfen die daraus entstehenden Probleme nicht auf



Nutztierhaltung, wie z. B. die Geflügelhaltung, muss im Rahmen der Gesamtlandwirtschaft eingebettet bleiben, fordert Dr. Wilfried Eckhof.

die gesamte Landwirtschaft übertragen werden.

Warum fordern Sie einen stärker integrativen Ansatz in der Forschung?

In der Agrarwissenschaft ist der integrative Ansatz zu wenig ausgeprägt. Der eine Wissenschaftler befasst sich mit Detailfragen der Tiergesundheit wie Fußballproblemen, ein anderer mit Stallsystemen, wieder ein anderer mit Immissionen. Wir brauchen aber komplexe Lösungen. Wir benötigen Stallsysteme, die alle Aspekte gleichermaßen berücksichtigen, sonst landen wir bei Offenstallsystemen mit Auslauf und 10m hohen Abluftschächten.

Der Bund oder die Länder sind in der Pflicht, die einzelnen Forschungselemente zusammenzuführen. Wir brauchen neue Qualitäten im Sinne der „Fünf-Sterne-Ställe“, denn für die jetzigen Stallsysteme werden wir ja oft kritisiert. Das Tier steht im Mittelpunkt, wir wollen aber auch eine gesunde Umwelt, und alles muss bezahlbar bleiben. Was nützt ein Stallsystem, das keine Bank finanziert?

Es müssen also disziplinübergreifende Anforderungen an künftige Stallsysteme herausgearbeitet werden. Für diese muss geklärt werden, wer neben der Einhaltung tier- und arbeitsschutzrechtlicher Anforderungen die Verantwortung für immissionsarme Systeme trägt und wer für die Datenermittlung verantwortlich ist. Da müssen sich Wissenschaftler, Politiker und Stallausrüster Gedanken machen.

Der Tierhalter kann als Nutzer von Stallsystemen deren Eigenschaften nur noch begrenzt beeinflussen. Er kann nicht für die Ermittlung von Emissionsdaten verantwortlich gemacht werden. Messanordnungen von Behörden für Genehmigungsverfahren sind da in der Regel unverhältnismäßig. Bei Genehmigungsverfahren müssen vollständige Unterlagen eingereicht werden mit Aussagen zu den Auswirkungen auf alle Schutzgüter im Sinne der Umweltprüfung. Dieses Vollständige muss sich auch in der Forschung widerspiegeln.

Das Gespräch führte
Susanne Gnauk, „BauernZeitung“